

Bündnis
**Sahra
Wagenknecht**

Früher hatten wir noch
Kohle ...

Mehr Geld für
unsere Städte -
statt Aufrüstung

X 14.9.
BSW wählen.

BSW.

Weil es um Euch geht!



Einleitung

Unsere Welt ist heute durch große Spannungen gekennzeichnet. Kriege und Krisen sorgen für politische Instabilität, Zerstörung und menschliches Leid. Dies hat auch direkte Auswirkungen auf uns in Castrop-Rauxel.

Kommunalpolitik kann nicht isoliert von Landes- und Bundespolitik betrachtet werden. Als kleinste politische Einheit ist die Stadt Castrop-Rauxel abhängig von Entscheidungen übergeordneter Ebenen.

Unsere Stadt ist, wie praktisch alle Gemeinden im Ruhrgebiet, schlicht pleite. Und die heute schon enormen Schulden der Stadt werden in den nächsten Jahren in astronomische Höhen steigen.

Dies ist vor allem ein Ergebnis politischer Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene. Kommunale Selbstverwaltung ist in vielen Bereichen nicht mehr möglich. Diese erlebte Erfahrung erschüttert das Vertrauen vieler Bürger in demokratische Strukturen. Die hierfür verantwortlichen Vertreter der sogenannten etablierten Parteien auf kommunaler Ebene verweisen lediglich auf die Verantwortung übergeordneter Ebenen, die allerdings von eben diesen Parteien zu verantworten ist.

Wenn wir im Folgenden in groben Zügen unsere Vision einer bürgerfreundlicheren Kommunalpolitik beschreiben, sind wir uns der Tatsache bewusst, dass viele unserer Vorstellungen unter den heute existierenden Rahmenbedingungen nicht umzusetzen sind. Hierfür braucht es Veränderungen auf allen politischen Ebenen.

Im neu zu wählenden Stadtrat werden Parteien vertreten sein, die bisher keine politische Verantwortung getragen haben.

Wir werden uns für eine demokratische Diskussionskultur einsetzen, die niemanden ausgrenzt und die Diskussionsprozesse für den Bürger nachvollziehbarer macht.

Wir stehen für mehr Demokratie jenseits engstirniger Parteiinteressen.

Haushalt

Die Stadt Castrop-Rauxel wird in den nächsten Jahren aus den bereits erwähnten Gründen keinen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen können. Stattdessen wird sich die Haushaltslage weiter dramatisch verschlechtern.

Sollte als Folge die Stadt dazu aufgefordert werden, bei den wenigen freiwilligen Leistungen (z.B. Bäder, Kultur, Bildung) weiter einzusparen, werden wir uns mit allen Mitteln dagegen wehren

Kommunale Selbstverwaltung muss der Stadt Gestaltungsspielräume ermöglichen. Diese dürfen nicht auf dem Altar eines Spardiktates geopfert werden.

Wir lehnen die klassischen Förderprogramme von Land und Bund ab.

Was für einen Sinn macht eine 90-prozentige Förderung einer Maßnahme durch Land und Bund, wenn die Stadt nicht einmal den 10-prozentigen Eigenanteil bereitstellen kann?

Stattdessen sollten Land und Bund finanzielle Mittel zur freien Verfügung der Stadt bereitstellen. Wir vor Ort wissen am Besten, für welche Maßnahmen wir Geld einsetzen müssen.

Ordnung und Sicherheit

Wir wollen eine saubere und sichere Stadt, in der sich alle Bürger wohlfühlen und gerne aufhalten. Wir müssen feststellen, dass das in unserer Stadt nicht immer und überall der Fall ist.

Die zunehmende Vermüllung bestimmter Plätze, Ängste, sich nachts an manchen Orten der Stadt aufzuhalten und Vandalismus, sind leider Realität.

Deshalb setzen wir uns ein für

- mehr städtische Ordnungskräfte
- Videoüberwachung von Bus- und Hauptbahnhof, sowie aller Containerplätze im Stadtgebiet
- eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit von Bürgern, Stadt und Polizei
- Wer dem Gemeinwesen schadet, muss auch zur Verantwortung gezogen werden!

Wohnungsbau

Wohnen ist ein Grundbedürfnis von Menschen.

Seit Jahren spitzt sich die Krise auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere bei Sozialwohnungen, weiter zu. Da sozialer Wohnungsbau für private Investoren scheinbar nicht profitabel genug ist, muss hier die öffentliche Hand einspringen. Deshalb stehen wir für die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

Nur so lässt sich eine spürbare Entlastung des Wohnungsmarktes verwirklichen.

Verkehrs- und Infrastruktur

Castrop-Rauxel, von der Industriestadt im Grünen und später in Europastadt im Grünen umbenannt, wird seit ein paar Jahren vom extrem zugenommenen Schwerlastverkehr beherrscht. Es ist offensichtlich die Folge der politischen Bemühungen um die Bewirtschaftung unserer Gewerbeflächen. Die Gewerbeunternehmen sind willkommen; was fehlt, ist, dass sie an der infrastrukturellen Gestaltung unserer Stadt beteiligt werden und Verantwortung zeigen.

Ähnlich wie als Folge der Hochwasserkatastrophen der zurückliegenden Jahre, zeigt sich bei der Entwicklung im Straßenverkehr unserer Stadt tagtäglich die Notwendigkeit des strukturellen Eingriffs, um einen stärkeren Verkehrskollaps auf den Nord-Südachsen (B 235 u. Bahnhofstraße/ Wartburgstraße) und den Verbindungsstraßen (z.B. Europaplatz; Siemensstraße; Recklinghauser Straße) zu verhindern.

Den Titel Europastadt im Grünen möchten wir verteidigen und nicht der Macht der Gewerbetreibenden und Logistikunternehmen mit ihren Schwerlasttransportern überlassen. Ganz im Gegenteil zu dieser Entwicklung steht unser Vorhaben, die Balance zwischen dem erholsamen Wohnen und produktiven Arbeiten zu erhalten.

Zudem setzen wir uns für ein grundsätzliches Tempolimit im innerstädtischen Bereich als Lärmschutzmaßnahme und als Minderung der Unfallgefahr und ihrer Folgen ein. Insbesondere gilt diese Maßnahme ununterbrochen für den gesamten Streckenverlauf der Bahnhofstraße und für die Wartburgstraße bis zur Einmündung zur Langestraße mit 4 Schulen am Straßenrand und einer Gesamtschülerzahl von 4000 Schülern.

Wir würden uns der Öffnung der B235 zur Langestraße als Rechtsabbieger anschließen. Als Rechtsabbieger sollte man sie auch wieder verlassen können.

Wir wollen mehr und sichere Fahrradwege.

Nachträglich aufgebrachte Fahrradschutzstreifen stellen keine zufriedenstellende Lösung dar.

Mit dem bevorstehenden Umbau des jetzigen Busbahnhofsgeländes mit dem ehemaligen Postgebäude, kann die Politik aktiv begünstigen, dass Autos i.d.R. außerhalb des Zentrums geparkt werden und der Innenstadtbereich für Fußgänger und Radfahrer attraktiver wird. Zur Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur gehört in jedem Einzelfall die Prüfungsnotwendigkeit, bei den Baumaßnahmen unversiegelte Flächen zu erhalten oder sie zu schaffen, um die Aufenthaltsqualität in den Stadtzentren in jeder Hinsicht klimagerecht zu optimieren. Zur Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur gehören beste, bedarfsgerechte Verbindungen mit dem ÖPNV und ggf. zusätzlich der Einsatz eines Bürgerbusses. Bei Neuerungen (z.B. Straßenbahn oder Verkehrsleitung u. Taktung des Buslinienverkehrs) in der Verkehrsinfrastruktur sollte die Umsetzung/Optimierung anhand von Machbarkeitsstudien stattfinden.

Unsere Stadt soll ihre Zentren, ihre Geschichte und ihre lebens- und lebenswerten Naherholungsgebiete für Jedermann einladend erreichbar und sichtbar machen.

Für jede Perspektive zum Thema gilt im weiteren Sinne, dass wir in unserer Stadtgemeinschaft nicht unabhängige Einzelne, sondern voneinander abhängige Viele sind.

Schule, Kita und Bildung - Für faire Chancen in Castrop-Rauxel

In Castrop-Rauxel entscheidet noch immer die Herkunft über die Bildungschancen – das wollen wir ändern. Als Bündnis Sahra Wagenknecht setzen wir uns dafür ein, dass jedes Kind in unserer Stadt die gleiche Unterstützung erhält – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir wollen eine kommunale Bildungslandschaft, die gerecht, modern und menschlich ist.

Kitas ausbauen, Fachkräfte sichern – echte Familienpolitik für Castrop- Rauxel

In Stadtteilen wie Habinghorst, Henrichenburg und Merklinde fehlen weiterhin ausreichend wohnortnahe Kita-Plätze. Wir fordern:

- Konkrete Ausbaupläne an Orten mit Unterversorgung – z. B. durch die schnelle Reaktivierung leerstehender städtischer Gebäude.
- Zusätzliche Kita-Standorte in Neubaugebieten wie „Wohnen an der Emscher“ und dem alten EUV-Betriebshof an der Herner Straße.
- Gute Betreuung braucht gutes Personal: Wir setzen uns für eine städtische Qualifizierungsoffensive für Erzieher:innen ein, z. B. durch die Kooperation mit dem Berufskolleg Habinghorst, bezahlte Praxisphasen und gezielte Anwerbung von Fachkräften überregional.

Gebührenfreie Kitas – Schritt für Schritt:

Für viele Eltern sind die Beiträge eine Belastung. Wir fordern eine sozial gestaffelte Entlastung – mit dem Ziel der kompletten Gebührenfreiheit. Bessere Öffnungszeiten für Schichtarbeiter*innen und Alleinerziehende – auch durch Pilot-Kitas mit erweiterten Randzeiten.

Schulen sanieren, Digitalisierung und Menschlichkeit zusammenbringen

Viele Schulen in Castrop-Rauxel sind baulich in einem kritischen Zustand – etwa die Wilhelmschule oder die Fridtjof-Nansen-Realschule. Wir fordern:

- Einen schulbezogenen Sanierungsfahrplan, öffentlich einsehbar, mit Zeitplan und klaren Prioritäten.
- Sofortmaßnahmen bei maroden Toiletten, schlechten Heizungen und unzureichender Barrierefreiheit.

Digitale Ausstattung ist kein Luxus mehr. Schulen in Obercastrop und Ickern brauchen dringend:

- funktionierende WLAN-Netze,
- Support-Personal und
- eine kommunale IT-Taskforce, die den Schulen den Rücken freihält.

Schule als sicherer, gerechter Ort – für alle Kinder in unserer Stadt.

Mehr Schulsozialarbeit an allen Grund- und weiterführenden Schulen – besonders dort, wo viele Kinder mit Förderbedarf oder schwierigen Lebenslagen Kultursensibilität und soziale Stärke im Umgang miteinander lernen.

Warm essen, gesund lernen: Kein Kind darf wegen Geld vom Mittagessen ausgeschlossen werden.

Wir setzen uns ein für:

- stadtweit kostenfreies Schulmittagessen – finanziert aus einem kommunalen Bildungsfonds und Fördermitteln.
- Obst, Gemüse und Wasser statt Zuckergetränke – an allen Schulen.
- Verkehrssicherheit in der Nähe von Grundschulen verbessern:
- sichere Querungshilfen,
- mehr Tempo-30-Zonen
- und Elternhaltestellen an allen Schulen, um das Verkehrschaos vor Schultoren zu entschärfen.

Bildung darf nicht beim Schulabschluss enden

Wir wollen Berufskollegs und Handwerk stärken, nicht nur Gymnasien. Der Fachkräftemangel in Pflege und Handwerk beginnt mit mangelnder Wertschätzung in der Schulzeit.

Bildung im Stadtteil: Bibliotheken, Volkshochschule, Jugendzentren – sie alle gehören zur kommunalen Bildungslandschaft und müssen ausgebaut und nicht gekürzt werden.

Fazit: Bildung ist eine Investition und keine Sparmaßnahme

Wir sagen:

Nicht die soziale Herkunft darf über den Bildungserfolg entscheiden, sondern die Förderung jedes Einzelnen. Castrop-Rauxel braucht keine „Verwaltung des Mangels“, sondern ein echtes kommunales Bildungsversprechen.

Dafür stehen wir.

Migration und Integration - Klar, gerecht und menschlich handeln

Castrop-Rauxel ist seit Jahrzehnten Heimat für Menschen mit ganz unterschiedlichen Wurzeln. Migration kann unsere Stadt bereichern – aber nur, wenn sie sozialverträglich gestaltet, nicht überfordert und Integration auch wirklich gelingt. Als Bündnis Sahra Wagenknecht sagen wir: Weder Abschottung noch naive Willkommenskultur lösen unsere Probleme, sondern klare Regeln, faire Erwartungen – und ehrliche kommunale Verantwortung.

Integration ist kein Automatismus – sondern eine Aufgabe mit klaren Bedingungen

Wer dauerhaft in Castrop-Rauxel lebt, soll Teil unserer Stadtgemeinschaft werden – mit Rechten und Pflichten.

Wir fordern:

- Verbindliche Sprachkurse, gefördert durch Stadt und Bund, mit lokalen Trägern wie der VHS oder sozialen Einrichtungen.
- Teilnahme an Wertekursen: Demokratie, Gleichberechtigung und Rechtsstaat sind nicht verhandelbar.

Integration funktioniert nur, wenn wir sie nicht nur fordern, sondern auch ermöglichen:

- Zugang zu Kita und Schule für alle Kinder – ohne bürokratische Hürden.
- Begleitung bei Job- und Ausbildungsaufnahme, z. B. durch kommunale „Integrationslots:innen“ oder Mentorenprojekte.

Migration steuern statt verwalten – fair gegenüber allen

Migration braucht klare Regeln und soziale Steuerung. Wir fordern:

- Keine Ausweitung der Zuwanderung in Sozialsysteme
- Verbindliche Integrationsverträge für neu Zugewanderte.

Wer betrügt, fliegt – ganz klar:

- Bei dokumentierten Verstößen gegen die öffentliche Ordnung oder fehlender Mitwirkung bei Integration muss die Stadt mit allen rechtlichen Mitteln handeln.
- Wir stehen zur konsequenten Ausreisepflicht bei fehlendem Bleiberecht – ohne Abschiebeshow, aber auch ohne Duldung auf Jahre.

Gemeinsam statt nebeneinander – für eine Stadt, in der alle mitmachen

Integration findet im Alltag statt – auf dem Sportplatz, im Ehrenamt, in Schulen und Quartieren.

Wir wollen:

- Mehr interkulturelle Projekte, z. B. in Jugendzentren, Nachbarschaftstreffs, Schulen und mit Stadtteilvereinen.
- Gezielte Förderung von migrantischen Selbstorganisationen
- Ehrenamt fördern, z. B. durch städtische Anerkennung und Unterstützung für Patenschaften, Sprachcafés oder Berufsbegleitung.

Klare Haltung gegen jede Form von Diskriminierung

Antisemitismus, Antimuslimischer Rassismus und Rassismus jeder Art haben keinen Platz in Castrop-Rauxel.

Wir stehen für:

- Zusammenarbeit mit der Polizei, Schulen und Sozialarbeit gegen Radikalisierung.
- Keine Tabus bei der Benennung von Problemen – aber auch keinen Generalverdacht gegenüber Migrant:innen.

Fazit: Integration braucht Ordnung, Teilhabe und Grenzen

Wir stehen für eine ehrliche Integrationspolitik:

Nicht ideologisch, sondern lösungsorientiert. Wer unsere Sprache lernt, unsere Regeln achtet und sich einbringt, ist willkommen. Wer dagegen unsere offenen Strukturen missbraucht, muss mit klaren Konsequenzen rechnen.

Castrop-Rauxel kann ein Ort sein, in dem Zusammenhalt gelingt – aber nur, wenn die Politik wieder Verantwortung übernimmt.

Kommunale Wärme- und Energieplanung

Mit einer kommunalen Wärme- und Energieplanung wollen wir sicherstellen, dass unsere Bürger langfristig mit bezahlbarer und klimafreundlicher Wärmeenergie und Strom versorgt werden. Unser Ziel ist eine langfristige Strategie, die unsere Bürger nicht mit zusätzlichen Kosten belastet. Wärme- und Stromversorgung sollen wirtschaftlich tragfähig für alle Bürger und Unternehmen gestaltet werden.

Im Vordergrund stehen dabei:

- Selbstversorgung
- Technologieoffenheit
- Versorgungssicherheit
- Klima- und Umweltschutz
- Bürokratieabbau

Uns ist es wichtig, dass unsere Bürger und Unternehmen

- Klarheit über die zukünftige Energieversorgung bekommen
- die Umsetzung kostenneutral stattfindet,
- Fördergelder bereitgestellt und
- Investitionen genutzt werden,
- der Klimaschutz einen hohen Stellenwert bekommt

Umweltschutz

Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels muss einen vorrangigen Stellenwert in unserer Stadt bekommen.

Durch eine nachhaltige Bauleitplanung und die Schaffung von Grünflächen wollen wir die Auswirkungen des Klimawandels reduzieren. Die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, der Ausbau der Radwegestruktur und die Schaffung von Fußgängerzonen sind unser Ziel. Grünflächen, Parks und Gärten tragen zur Verbesserung des Stadtklimas bei. Treibhausgasemissionen sollen reduziert werden. Die Einbindung unserer Bürger ist entscheidend für den Erfolg der Maßnahmen.

Beratungsangebote der städtischen Unternehmen z.B. bezüglich der ökologischen Umgestaltung privater Grundstücke (Schottergärten haben keinen ökologischen Nutzen) sollten ausgebaut werden.

Gesundheitsversorgung

Nach den offiziellen Leitlinien der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Gesundheit zeichnet sich eine gute Gesundheitsversorgung der Bevölkerung dadurch aus, dass sie wirksam, sicher und bedarfsgerecht ist.

Sie sollte bürgernah und daher in kommunalen Strukturen eingebunden sein und sich an lokalen und globalen Herausforderungen orientieren.

Sie sollte gemeinwohlorientiert und nicht nach kommerziellen Interessen organisiert werden.

Die Gesundheitsversorgung umfasst offiziell die Säulen

- Gesundheitsförderung, Prävention
- Früherkennung, Diagnose
- Therapie und qualifizierte Rehabilitation

Schauen wir in die Kommunen, ist festzustellen, dass es hier Mangellagen und in gewissem Sinne Unterversorgungen gibt.

Das BSW will den tatsächlichen Bedarf der Stadtgesellschaft in den Mittelpunkt rücken. Hausarztpraxen sind zu fördern und zu sichern. Bürokratische Überfrachtung ist abzubauen, bessere Vergütung ist durch entsprechende Verhandlungen mit den zuständigen Leistungsträgern anzustreben.

Anzustreben sind bürgernahe Facharztzentren, die gebündelt und gut vernetzt, möglichst in der Kliniknähe multiple Beschwerdebilder erkennen und behandeln können. Bei der Terminvergabe darf keine Bevorzugung von Privatpatienten geschehen.

Die auskömmliche Finanzierung kommunaler Krankenhäuser sollte eine umfassende, bedarfsgerechte Grundversorgung und Notfallmedizin ermöglichen, die auf jeden Fall die Geburtshilfe im Rahmen einer stationären Entbindungsstation umfasst.

Krankenhäuser gehören aus Sicht des BSW in die kommunale Daseinsversorgung und daher in die öffentliche Finanzierungsverantwortung, die nicht von Profitgedanken bestimmt wird.

In die kommunale Trägerschaft gehört nach Vorstellungen des BSW ebenso der Aufbau von kostengünstigen Pflegeeinrichtungen, die ein bezahlbares Altern in Würde ermöglicht.

Sport, Freizeit und Kultur

Bewegung, sowohl körperliche als auch geistige, ist gut und notwendig. Deshalb werden wir alle Sportvereine in Castrop-Rauxel mit allen Mitteln unterstützen.

Der Erhalt von Hallenbad und Freibad hat für uns absolute Priorität. Es darf hier keine Schließung oder eine Einschränkung des Angebots geben.

Auch das kulturelle Angebot in Castrop-Rauxel muss erhalten und ausgebaut werden.

Vernunft und Gerechtigkeit

Wir treten an, für einen politischen Aufbruch, der soziale Gerechtigkeit, Frieden und eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung in den Mittelpunkt rückt.



**X 14.9.
BSW wählen.**

BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht
Dortmunder Straße 162
44577 Castrop-Rauxel

- * Bürozeiten: donnerstags 10.00 bis 12.00 Uhr
- * Tel.: 02305 / 6383883
- * Mobil: 01525 14 89 770
- * Mail: info@bsw-cas.de